

Antrag (Fraktion DIE LINKE)

Modellprojekt Videoüberwachung sofort stoppen

40. Stadtvertretung vom 28.01.2019; TOP 13; DS: 01687/2019

<https://bis.schwerin.de/vo0050.asp? kvonr=6721>

Die Stadtvertretung hat Folgendes beschlossen:

1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich umgehend mit dem Landesdatenschutzbeauftragten und dem Innenministerium ins Benehmen zu setzen, um die Frage der Rechtmäßigkeit der Videoüberwachung des Marienplatzes einer zeitnahen Klärung zuzuführen.

Hierzu wird mitgeteilt:

Der Oberbürgermeister hat die Vermittlerrolle unverzüglich eingenommen und in persönlichen Gesprächen mit den Beteiligten versucht, eine zeitnahe Klärung der Fragen um die Rechtmäßigkeit der Bildüberwachung auf dem Marienplatz herbeizuführen.

Am 12. Februar 2019 lud Herr Dr. Badenschier den Landesdatenschutzbeauftragten, Herrn Müller, und den Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Europa, Herrn Lenz, zu einem klärenden Gespräch in das Stadthaus ein. Das Gespräch führte zu keinem abschließenden Ergebnis. Seitens des Ministeriums wurden jedoch kurzfristige Nachbesserungen bei der Datenübertragung angekündigt.

Mittlerweile ist durch das Verwaltungsgericht Schwerin ein Mediationsverfahren zwischen den Streitparteien vorgesehen.

Der Beschluss ist somit umgesetzt.